

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Bauausschusses

Sitzung: Dienstag, 19.03.2019

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:11 Uhr

Ende: 17:11 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Nils Bader - SPD

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Vertretung für: Herrn Dennis Scholze

Frau Antje Keller - CDU

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Herr Gunnar Scherf - AfD

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Christian Bley - Die Fraktion P2

Herr Carsten Lehmann - FDP

Herr Rolf Kamphenkel - Behindertenbeirat e. V.

Frau Dr. Annette Rohling - Seniorenrat Braunschweig

sachkundige Bürger

Herr Gerald Gaus - SPD

Herr Michael Gröger - AfD

Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Frau Bianca Winter - RefL 0610

Herr Klaus Benscheidt - FBL 66

Herr Wilhelm Eckermann - stv. FBL 65

Frau Dr. Franziska Gromadecki - AbtL 66.5

Herr Jörg Meier - Abt. 66.0

Frau Annette Hübner - AbtL 65.0

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Uwe Jordan - SPD

entschuldigt

Herr Dennis Scholze - SPD

entschuldigt

sachkundige Bürger

Frau Nadine Labitzke-Hermann - SPD

entschuldigt

Herr Felix Nordheim - CDU

entschuldigt

Herr Maximilian Pohler - CDU

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.01.2019 (öffentlicher Teil) | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 3.1 | Mittel für Instandhaltungen an Schulen | 19-10086 |
| 3.2 | Sachstand zur Errichtung neuer öffentlicher Bedürfnisanstalten | 19-10281 |
| 3.3 | Mitteilung über das Tiefbauprogramm 2019 | 19-10012 |
| 3.4 | Verkehrsführung in der Kreuzung Celler Straße/Neustadtring | 18-09614-01 |
| 3.5 | Verlauf Pilotprojekt Unterflurcontainer Heinrich-Heine-Straße | 19-10241 |
| 3.6 | Mündliche Mitteilungen | |
| 4 | Wilhelm-Gymnasium, Leonhardstr. 63, 38102 Braunschweig
Brandschutzsanierung zur Sicherstellung der baulichen Rettungswege
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss | 19-10212 |
| 5 | Abstimmungsvereinbarung zur Wertstoffsammlung | 19-10168 |
| 6 | Beschluss über den Jahresabschluss 2017 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) | 19-10101 |

7	Anfragen	
7.1	Nutzung von Gebäuden als Versammlungsstätte nach Sanierungsmaßnahmen	19-10231
7.1.1	Nutzung von Gebäuden als Versammlungsstätte nach Sanierungsmaßnahmen	19-10231-01
7.2	Zustand des Ringgleiswegs	19-10358
7.2.1	Zustand des Ringgleiswegs	19-10358-01
7.3	Altkleidersammlung - Ausbeutung afrikanischer Länder, Firmenprofit und rechtlich fragwürdig?	19-10025
7.3.1	Altkleidersammlung - Ausbeutung afrikanischer Länder, Firmenprofit und rechtlich fragwürdig?	19-10025-01
7.4	Wo bleibt der Plastikmüll II	19-10130
7.4.1	Wo bleibt der Plastikmüll II	19-10130-01
7.5	Abwasserkanäle, nicht nur immer älter, sondern auch schlechter?	19-10137
7.5.1	Abwasserkanäle, nicht nur immer älter, sondern auch schlechter?	19-10137-01
7.6	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.01.2019 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3. Mitteilungen

3.1. Mittel für Instandhaltungen an Schulen 19-10086

Protokollnotiz: Ratsherr Dobberphul nimmt ab 15:12 Uhr an der Sitzung teil.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.2. Sachstand zur Errichtung neuer öffentlicher Bedürfnisanstalten

19-10281

Ratsherr Köster erklärt für die CDU-Fraktion, dass eine Weiterverfolgung dieses Projekts aufgrund der Grobkostenschätzung von rund einer Dreiviertelmillion Euro und den nicht zu vernachlässigenden laufenden Kosten nicht erfolgen sollte. Er bezieht sich in seiner Begründung auf die Entscheidung des Grünflächenausschusses und den Erklärungen der Fraktion SPD und Grüne zur Beleuchtung der Finnenbahn am 12. März. Sollte die Verwaltung Kostenfeststellungen zur Errichtung der öffentlichen Toilettenanlagen vorlegen, würde die CDU-Fraktion dagegen stimmen.

Protokollnotiz: Ratsherr Scherf nimmt ab 15:13 Uhr an der Sitzung teil.

Ratsherr Kühn kann die Argumentation von Ratsherr Köster nicht nachvollziehen. Haushaltsmittel für die Realisierung der Toilettenanlagen wurden in den Haushalt eingestellt. Er legt Wert darauf, dass zu den in den Haushaltsberatungen beschlossenen Maßnahmen eine Kostenaufstellung vorgelegt wird. Anhand der Kostenaufstellung kann dann über die Umsetzung der Projekte entschieden werden.

Ratsfrau Jalyschko hebt hervor, dass in der Mitteilung bereits konkrete Aussagen zu sinnvollen Standorten getroffen wurden. Die Positionierung der CDU-Fraktion kann Sie nicht nachvollziehen. Die Beleuchtung der Finnenbahn wurde nicht konkret einzeln beschlossen, sondern ist Teil des Masterplan Sport. Die öffentlichen Toilettenanlagen wurden hingegen erst in der vergangenen Haushaltsberatung konkret beschlossen. Dies ist für sie ein elementarer Unterschied, der die Legitimität des Projektes stärkt. Die Errichtung öffentlicher Bedürfnisanstalten ist aus ihrer Sicht ein sinnvolles Projekt, dass Menschen in ihren Grundbedürfnissen unterstützt.

Ratsherr Rosenbaum kritisiert den Redebeitrag von Ratsherr Köster. Die Verwaltung hat hier eine Mitteilung zur Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Errichtung von öffentlichen Toilettenanlagen vorgelegt. Der hergestellte Bezug zur Finnenbahn geht fehl. Inhaltlich begrüßt Ratsherr Rosenbaum den Vorschlag der Verwaltung.

Ratsherr Köster macht Ratsfrau Jalyschko darauf aufmerksam, dass mit dem Masterplan Sport das konkrete Arbeitsprogramm 2016 bis 2018 beschlossen wurde. Darin enthalten war der konkrete Beschluss „beleuchtete Finnenbahn im Prinzenpark“. Aus Sicht der CDU-Fraktion sollte ein Betrag in dieser Größenordnung nicht investiert werden.

Für die Fraktion DIE LINKE. begrüßt Ratsherr Sommerfeld den Ratsbeschluss über die drei Toilettenanlagen. Eine deutliche Mehrheit zeichne sich damit ab. Die Verwaltung habe relativ schnell eine Mitteilung mit Zeitplan zur Umsetzung vorgelegt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.3. Mitteilung über das Tiefbauprogramm 2019

19-10012

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass parallel zur Pressemitteilung wie gewohnt eine Mitteilung an den Bauausschuss gegeben werden sollte. Wegen eines Büroversehens ist dies unterblieben. Er bittet dies zu entschuldigen.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko bestätigt Stadtbaurat Leuer, dass sich die Baumaßnahmen in diesem Jahr im nördlichen Bereich kumulieren. Dort liegen die Maßnahmen mit dem größten Handlungsdruck. Die Verwaltung wird informieren, wenn es zu verkehrlichen Schwierigkeiten kommen sollte.

Ratsherr Köster begrüßt es außerordentlich, dass die Verwaltung Tiefbaumaßnahmen im Stadtgebiet mit allen Beteiligten koordiniert und vorstellt. Die Art und Weise bezeichnet er als mustergültig.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.4. Verkehrsführung in der Kreuzung Celler Straße/Neustadtring 18-09614-01

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.5. Verlauf Pilotprojekt Unterflurcontainer Heinrich-Heine-Straße 19-10241

Ratsherr Köster fragt, ob eine Änderung der Abfallentsorgungssatzung erfolgen muss. Frau Dr. Gromadecki bestätigt dies. Nach erfolgreichem Abschluss des Pilotprojektes wird die Änderung voraussichtlich im Laufe des Jahres 2019 erfolgen. Auch die Abfallgebührensatzung wird mit einem neuen Gebührentatbestand angepasst.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.6. Mündliche Mitteilungen

3.6.1.

Ratsherr Köster begrüßt als neues Mitglied im Bauausschuss Frau Dr. Annette Rohling als Vertreterin des Seniorenrats. Frau Dr. Rohling stellt sich den Ausschussmitgliedern kurz vor und informiert über ihren beruflichen Werdegang.

3.6.2.

Herr Benscheidt bezieht sich auf die Anfrage von Ratsherr Jordan in der Sitzung vom 24. Januar 2019, ob im Haushalt pauschale Mittel für die Schaffung von Barrierefreiheit eingestellt sind. Aus etwaig vorhandenen Mittel könnte eine barrierefreie Rampe an einem Verbindungsweg zwischen Schlegelstraße und Herzogin-Elisabeth-Straße errichtet werden. Herr Benscheidt führt dazu aus, dass die aktuelle Haushaltsplanung keine entsprechenden Mittel für die Schaffung von barrierefreien Zugängen vorsieht. Maßnahmen zur Inklusion werden regelmäßig von den Fachbereichen Hochbau und Gebäudemanagement sowie Tiefbau und Verkehr bei Neubauten oder umfangreichen Sanierungen berücksichtigt.

Herr Benscheidt führt weiter aus, dass die Herstellung eines barrierefreien Weges von der Schlegelstraße zur Herzogin-Elisabeth-Straße grundsätzlich möglich erscheint. Der Aufwand für eine Rampe liegt bei grob geschätzt etwa 55.000 Euro. Durch die Herstellung einer Barrierefreiheit an dieser Stelle wird jedoch keine Verkürzung der Strecke zum Prinzenpark erreicht, da die nächste Straßenquerung versetzt liegt. Die Verwaltung sieht daher derzeit keinen Handlungsbedarf.

3.6.3

Stadtbaurat Leuer berichtet zu den Modulbauten am Lessinggymnasium und an der Neuen Oberschule, dass nach den Osterferien die Montage der ersten Elemente beginnen und die Maßnahme mit Ende der Sommerferien abgeschlossen werden soll. In diesem Zusammenhang erinnert er an die Besichtigung der Modulbauten am Lessinggymnasium am Rande der Sitzung des Bauausschusses am 11. Juni.

4. Wilhelm-Gymnasium, Leonhardstr. 63, 38102 Braunschweig 19-10212 **Brandschutzsanierung zur Sicherstellung der baulichen Rettungswege** **Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

Ratsherr Köster bittet um Erläuterung zur Förderung durch das KIP II. Herr Eckermann informiert, dass der Betrag von 1.632.100 Euro die anteilige Fördersumme für dieses Projekt darstellt. In Summe belaufen sich die Gesamtkosten auf 3.234,7 Mio. Euro.

Beschluss:

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 15.02.2019 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 21.02.2019 auf 3.234.700 € festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

5. Abstimmungsvereinbarung zur Wertstoffsammlung

19-10168

Stadtbaurat Leuer erläutert auf Nachfrage von Ratsherr Sommerfeld, dass im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben Möglichkeiten für Änderungen an den Vereinbarungen bestehen. Allerdings müssten diese Änderungen in den Verhandlungen einvernehmlich abgestimmt werden. Gelingt diese einvernehmliche Abstimmung nicht, bleibt es bei der bisherigen Regelung. Seitens der Verwaltung wird kein Änderungsbedarf gesehen.

Zum Prinzip der Dualen Systeme und dem Zustandekommen der Abstimmungsvereinbarungen erklärt Stadtbaurat Leuer, dass „Der Grüne Punkt“ mit einer Konzession vergleichbar ist. Die neun in Deutschland vertretenen verschiedenen Dualen Systeme sorgen dafür, dass die Leichtverpackungen eingesammelt werden. Die Stadtverwaltung ist demgegenüber für die Sammlung von stoffgleichen Nichtverpackungen zuständig. Aufgabe der Verwaltung ist es, den Schlüssel für die Mengenverteilung von stoffgleichen Nichtverpackungen und Leichtverpackungen (Grüner Punkt) zu ermitteln und mit den Dualen Systemen abzustimmen.

Frau Dr. Gromadecki erläutert zu der von Ratsherr Sommerfeld hinterfragten Kostenverteilung im Zusammenhang mit der Abstimmungsvereinbarung, dass für den Fall, dass ein Duales System ausfällt, die anderen Systeme entsprechend ihres Marktanteils dazu beitragen, den Auftragnehmer (in Braunschweig zzt. die ALBA GmbH) zu bezahlen. Die Stadt Braunschweig ist von dieser Regelung im Grunde nicht betroffen.

Ratsherr Köster fragt, wie es nach der Aufgabe des städtischen Verhandlungspartners RKD weitergeht. Frau Dr. Gromadecki informiert, dass der überwiegende Teil der Verhandlungen bereits abgeschlossen ist. Durch den rechtzeitigen Rücktritt von RKD ist kein Schaden entstanden. Mit dem neuen Verhandlungsführer Reclay wurde bereits die Wertstofftonne in Braunschweig eingeführt. Sie ist zuversichtlich, dass die weitere Abstimmung reibungslos verläuft.

Ratsherr Dobberphul beschreibt das Problem der großen Menge von Kunststoffabfällen mit einem hohen Anteil sortenunreiner Kunststoffe, die es zu reduzieren gilt. Er fragt hierzu nach den Einflussmöglichkeiten der Stadtverwaltung. Frau Dr. Gromadecki antwortet, dass der Einfluss einer Kommunalverwaltung im Allgemeinen sehr gering ist und im Rahmen der Abstimmungsvereinbarung keine Einflussmöglichkeit besteht.

Beschluss:

„Dem Abschluss der Abstimmungsvereinbarung wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

6. Beschluss über den Jahresabschluss 2017 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) 19-10101

Ratsherr Sommerfeld erklärt für die Fraktion DIE LINKE., dass der Jahresrechnung 2017 aufgrund des Bestätigungsvermerks des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) zugestimmt wird. Er macht aber darauf aufmerksam, dass die Anzahl der Bemerkungen des RPA im Vergleich zum Vorjahr erheblich angestiegen ist. Abschließend verweist Ratsherr Sommerfeld auf die Eingangsbemerkung des RPA, wonach der Rechenschaftsbericht drei Monate nach Ende des Haushaltsjahrs vorzulegen ist. Bei der Jahresrechnung 2017 liegt wie in den Vorjahren ein Verstoß gegen geltendes Haushaltsrecht vor.

Beschluss:

„1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG des Jahresabschlusses 2017 durch den Oberbürgermeister sowie der Jahresabschlüsse 2017 der Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft durch den Finanzdezernenten und des Jahresabschlusses 2017 des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement durch den Stadtbaurat und aufgrund des Prüfungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2017 wird der Jahresabschluss 2017 beschlossen.

2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2017 werden folgende Genehmigungen erteilt:

2.1. Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 27.073.968,54 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2018 vorgetragen und dann gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 1 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 141.137.139,61 €.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 7.933.466,04 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2018 vorgetragen und dann gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 99.404.306,36 €.

2.2 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 1.459.267,36 € wird gemäß § 24 Abs.1 GemHKVO mit dem Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 457.222,51 € verrechnet. Der verbleibende Betrag in Höhe von 1.002.044,85 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2018 vorgetragen und gemäß § 24 Abs. 1 GemHKVO durch die vorhandene Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses gedeckt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 0,00 €.

2.3 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 1.875.547,76 € wird auf die Rechnung des Haushaltsjahres 2018 vorgetragen. Der Fehlbetrag im Gebührenbereich in Höhe von 903.258,07 € wird aus dem nach § 54

GemHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenaussgleich ausgeglichen. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenaussgleich in Höhe von 13.090.048,31 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 972.289,69 € wird gemäß § 24 Abs. 1 GemHKVO soweit wie möglich durch den Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses 2017 (181.261,93 €) abgedeckt, da keine Überschussrücklagen vorhanden sind. Der verbleibende Betrag in Höhe von 791.027,76 € wird aus der nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage entnommen. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Sonstigen Rücklage in Höhe von 22.422.223,76 €.

Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 181.261,93 € wird auf die Rechnung des Haushaltsjahres 2018 vorgetragen und gemäß § 24 Abs. 1 GemHKVO zur Abdeckung des Fehlbetrages aus dem ordentlichen Ergebnis verwendet. Der Bestand der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses verbleibt bei 0,00 €.

- 2.4 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 789.087,31 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2018 vorgetragen. Der Fehlbetrag im Gebührenbereich in Höhe von 388.402,67 € wird aus dem nach § 54 GemHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenaussgleich ausgeglichen. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenaussgleich in Höhe von 4.250.265,77 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 400.684,64 € wird gemäß § 24 Abs. 1 GemHKVO durch die vorhandene Überschussrücklage gedeckt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 124.002,61 €.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 137.262,62 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2018 vorgetragen und dann gemäß § 110 Abs. 7 GemHKVO der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 258.247,36 €.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

7. Anfragen

7.1. Nutzung von Gebäuden als Versammlungsstätte nach Sanierungsmaßnahmen 19-10231

Ratsherr Kühn erläutert die Anfrage der SPD-Fraktion.

7.1.1. Nutzung von Gebäuden als Versammlungsstätte nach Sanierungsmaßnahmen 19-10231-01

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn erklärt Stadtbaurat Leuer, dass im Falle der Sanierung eines als Versammlungsstätte genehmigten Gebäudes dieses auch nach der Sanierung als

Versammlungsstätte fortbesteht. Als Ausnahme ist der Fall eines vollständigen Umbaus eines Gebäudes anzusehen, wenn sich dadurch z. B. Rettungswege ändern. Dies bedarf dann einer neu zu beantragenden Baugenehmigung. Herr Eckermann ergänzt die Möglichkeit, für einzelne Veranstaltungen eine Genehmigung nach § 47 Niedersächsische Versammlungsstättenverordnung zu beantragen.

Auf Nachfrage von Ratsherr Manlik informiert Stadtbaurat Leuer, dass der Fachbereich Bauordnung und Brandschutz für Fragen zu dieser Thematik zuständig ist.

Protokollnotiz: Ratsherr Scherf verlässt um 15:58 Uhr die Sitzung.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme DS 19-10231-01 zur Kenntnis.

7.2. Zustand des Ringgleiswegs

19-10358

Ratsherr Manlik erläutert die Anfrage der CDU-Fraktion.

7.2.1. Zustand des Ringgleiswegs

19-10358-01

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage der CDU-Fraktion.

Protokollnotiz: Ratsherr Scherf nimmt ab 16:00 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Manlik dankt Stadtbaurat Leuer ausdrücklich für die positive Antwort. Er legt allerdings Wert auf die Feststellung, dass der Ringgleisweg aufgrund seiner starken Frequentierung kein Freizeitweg, sondern ein Nutzweg ist, der eine hohe Bedeutung für den Radverkehr erlangt hat.

Ratsherr Sommerfeld fragt, ob die Befestigung des Ringleises von der Hebbelstraße bis zum Eichtal mit Städtebaufördermitteln finanziert werden kann. Stadtbaurat Leuer erklärt, dass er eine konstruktive Ergänzung der Fördermaßnahme als nicht erfolgreich einschätzt. Weitere Fördermöglichkeiten sind aktuell nicht erkennbar.

Ratsfrau Jalyschko erklärt zur Ausführung von Ratsherr Manlik, dass das Ringgleis als Freizeitweg klassifiziert wurde. Durch die Art der Nutzung oder eine Asphaltierung ändere sich diese Klassifizierung nicht. Stadtbaurat Leuer ergänzt, dass beim Start des Ringgleiswegs davon ausgegangen wurde, dass dieser nur als reiner Freizeitweg genutzt wird. Die inzwischen sehr große Beliebtheit des Ringgleiswegs, auch durch Schülerinnen, Schüler und Berufstätige, ist überaus erfreulich.

Protokollnotiz: Ratsherr Bley verlässt um 16:12 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Kühn fragt, ob eine Kilometrierung des Ringgleiswegs vorgesehen ist, um im Falle von z. B. Unfällen eine schnellere Orientierung zu ermöglichen. Stadtbaurat Leuer erachtet eine Kilometrierung als sinnvoll.

7.3. Altkleidersammlung - Ausbeutung afrikanischer Länder, Firmenprofit und rechtlich fragwürdig?

19-10025

Ratsherr Sommerfeld erläutert die Anfrage der Fraktion DIE LINKE.

7.3.1. Altkleidersammlung - Ausbeutung afrikanischer Länder, Firmenprofit und rechtlich fragwürdig?

19-10025-01

Herr Benscheidt beantwortet die Anfrage der Fraktion DIE LINKE.

Protokollnotiz: Ratsherr Bley nimmt ab 16:13 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Sommerfeld zeigt sich unzufrieden mit der Qualität der Antwort. Da nicht die ALBA GmbH die Altkleidersammlung durchführt, sondern an einen Dritten vergeben hat, verstößt der Leistungsvertrag II gegen geltendes Recht. Darüber hinaus müssten aus seiner Sicht 30 Prozent der öffentlichen Flächen für Wettbewerber zur Aufstellung von Containern zur Verfügung gestellt werden. Er fragt, ob die Verwaltung einen Rechtsstreit in Kauf nimmt oder versucht eine Lösung zu finden, die sozial und ökologisch orientiert ist.

Herr Benschmidt bestätigt, dass in der Antwort zu Frage 3 zwar keine Zahl genannt, sehr wohl aber eine wirtschaftliche Verknüpfung zwischen den bei der ALBA GmbH durch die Altkleidersammlung erzielten Ergebnissen und den an die ALBA GmbH gezahlten Entgelten erläutert wurde. Dies erfolgt über die Angemessenheitsprüfung, die regelmäßig die Gesamtentgelte reduziert hat.

Zum Aspekt der Aufstellung von Containern verweist Herr Benschmidt auf die unterschiedlichen Rechtsbereiche und erläutert die Verfahrenswege.

Ratsherr Sommerfeld zweifelt an, ob noch von einer öffentlichen Sammlung gesprochen werden kann, wenn eine Kommune die Sammlung privatisiert und der beauftragte Dritte diese an eine weitere Firma vergibt und die Wirkungsweise dieser Firma damit sowohl finanziell als auch inhaltlich für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar ist.

Zur Sondernutzung fragt Ratsherr Sommerfeld, ob die Firma Torun Tex GmbH über eine entsprechende Erlaubnis verfügt und Sondernutzungsgebühren an die Stadt entrichtet. Herr Benschmidt erklärt, dass die Sondernutzungserlaubnis für Container, die die Torun Tex GmbH für die ALBA GmbH bzw. die Stadt aufstellt, innerhalb des Gesamtvertrags geregelt ist und in der Gesamtwirtschaftlichkeit des Angebotes von ALBA berücksichtigt wurde. Insofern ist die Sondernutzung nicht einzeln gebührenpflichtig.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme DS 19-10025-01 zur Kenntnis.

7.4. Wo bleibt der Plastikmüll II

19-10130

Ratsherr Sommerfeld erläutert die Anfrage der Fraktion DIE LINKE.

7.4.1. Wo bleibt der Plastikmüll II

19-10130-01

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage der Fraktion DIE LINKE.

Protokollnotiz: Ratsherr Lehmann verlässt um 16:32 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsherr Lehmann nimmt ab 16:34 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Sommerfeld kündigt an, zu Antwort 1 schriftlich um eine detailliertere Darstellung zu bitten.

Ratsherr Dobberphul fragt, ob Tetra Paks verwertet oder verbrannt werden. Frau Dr. Gromadecki erklärt, dass bei Tetra Paks durch die Aufsplittung des Verbundwerkstoffs eine Verwertung der Kunststoffkomponente, der Alufolie und des Papiers erfolgt.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme DS 19-10130-01 zur Kenntnis.

7.5. Abwasserkanäle, nicht nur immer älter, sondern auch schlechter?

19-10137

Ratsherr Sommerfeld erläutert die Anfrage der Fraktion DIE LINKE.

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage der Fraktion DIE LINKE.

Protokollnotiz: Ratsfrau Keller verlässt um 16:46 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Sommerfeld fragt, bis wann die endgültige Investitionsplanung für 2019 vorliegen wird. Im Haushaltsplan ist der Hinweis auf eine nur vorläufige Investitionsplanung enthalten. Die endgültige Investitionsplanung soll in Abhängigkeit des Berichts von KPMG erstellt werden.

Weiter erklärt Ratsherr Sommerfeld, dass hinsichtlich der Erneuerung der Doppelstockkanäle der Vertrag von der SE|BS nicht eingehalten wird. Da der Rat die Verträge beschlossen hat, fragt er, ob die Verwaltung dies eigenverantwortlich hinnehmen kann oder ob die Akzeptanz eines geringeren Erneuerungsumfangs einen neuen Ratsbeschluss erfordert.

Protokollnotiz: Ratsherr Bader verlässt um 16:48 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsherr Rosenbaum verlässt um 16:48 Uhr die Sitzung.

Herr Benscheidt erklärt, dass eine Anpassung der Investitionsplanung auf Basis der Ergebnisse von KPMG und der laufenden Verhandlung mit der SE|BS nicht vorgesehen ist. Die von Ratsherr Sommerfeld erwartete Investitionsplanung 2019 lag zum Zeitpunkt der Vorbereitung der Haushaltsunterlagen im Bauausschuss tatsächlich noch nicht vor. Im weiteren Verlauf der Beratungen im Finanz- und Personalausschuss lagen diese Unterlagen dann allerdings vor.

Zur Frage zum Erneuerungsumfang verweist Stadtbaurat Leuer auf das dafür vorgegebene Budget. Er versichert, dass das Budget ausgeschöpft wird, da auch die Verwaltung an einem Fortschritt bei den Erneuerungsmaßnahmen interessiert ist. Eine Ausweitung des Budgets bedarf einer Beteiligung der Ratsgremien.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme DS 19-10137-01 zur Kenntnis.

7.6. Mündliche Anfragen

In Vertretung für Ratsfrau Keller trägt Ratsherr Manlik die unter den Ziffern 7.6.1 bis 7.6.3 aufgeführten Anfragen vor:

7.6.1

Ratsherr Manlik fragt nach der Einschätzung der Verwaltung, ob durch die manuelle Regelung von Thermostaten in Schulen Einsparpotenziale erzielt werden können. Von der Elternschaft wurde dies im Schulausschuss beantragt. Herr Eckermann geht davon aus, dass durch die manuelle Steuerung der Heizkörper eher keine Reduzierung der Heizkosten zu erzielen ist. Eher das Gegenteil könnte der Fall sein, weil keine Nacht- bzw. Wochenendabsenkung sichergestellt ist, sondern das Risiko des Durchheizens droht. Er wird dies jedoch überprüfen lassen.

7.6.2

Zu den Wasserschäden in den Sporthallen Güldenstraße, Nibelungenschule und Volkmarode fragt Ratsherr Manlik nach weiteren bekannten Schäden, der Dauer der Sperrung für die Schulen und ob eine regelmäßige Begehung der Dächer erfolgt. Herr Eckermann erklärt zu den Einregnungen an drei Sporthallen in Folge von Starkwetterlagen, dass es sich teilweise um komplexere Schäden handelt, die in ein bis zwei Wochen von Handwerksunternehmen repariert sein werden. Die Dächer werden regelmäßig einer Begehung unterzogen. Bei Flachdächern besteht jedoch das grundsätzliche Problem, Schäden konkret zu erkennen.

7.6.3

Zur Frage, ob die Verwendung von Recycling-Klopapier in Schulen sinnvoll ist, bittet die Verwaltung um Gelegenheit zur Prüfung. Ratsherr Köster äußert sein Unverständnis, dass diese Frage wie auch die zur manuellen Regelung der Thermostate, die konkret als Antrag im Schulausschuss vorliegen, offenbar nicht von der Schul- an die Bauverwaltung weitergeleitet wurden. Er bittet Sorge zu tragen, dass die Stellungnahmen der Verwaltung zur Sitzung des Schulausschusses vorliegen.

7.6.4

Ratsherr Dobberphul fragt zum Bau des Feuerwehrhauses im Timmerlah, ob mit „Baubeginn“ der Hochbau selbst oder die zunächst erforderliche Aufschüttung vor Beginn des Hochbaus gemeint ist. Stadtbaurat Leuer erklärt, dass die Aufschüttung den Baubeginn darstellt.

7.6.5

Ratsherr Köster berichtet von einer ihm vorgetragenen Beschwerde, dass die Gebührenpflicht auf einem Parkplatz am Willy-Brandt-Platz offenbar nicht ausreichend bekannt ist. Er fragt daher nach der Möglichkeit, mit einem Hinweisschild nochmals auf die geänderte Regelung aufmerksam zu machen. Herr Benscheidt weist auf eine entsprechende Beschilderung der Parkplätze hin. Da der Verwaltung keine weiteren gleichlautenden Hinweise bekannt geworden sind, wird davon abgesehen, nach etwa einem Jahr einen über die bestehende Beschilderung hinausgehenden Hinweis zu installieren.

7.6.6.

Ratsherr Köster macht auf den Uringeruch im Zusatzbau des Rathauses aufmerksam. Er bittet um Auskunft, ob diese Problematik bekannt ist und wie ihr begegnet wird. Herr Eckermann bestätigt, dass das Problem grundsätzlich bekannt ist. In der angrenzenden Ladestraße befindet sich ein öffentliches WC und ein kostenfreies Urinal. Es wurden bereits diverse Maßnahmen umgesetzt, um das wilde Urinieren zu verhindern. Gründe für die Nichtnutzung der öffentlichen WCs sind der Verwaltung nicht bekannt.

7.6.7

Ratsherr Kühn berichtet von seiner Beobachtung, dass Autofahrer bei Rückstaus an der Einmündung Rautheimer Straße/Braunschweiger Straße die wartenden Fahrzeuge über eine Erschließungsstraße vor den Häusern Rautheimer Straße 13 - 16A umfahren. Herr Benscheidt sagt eine Prüfung zu. Er verweist jedoch darauf, dass es sich um eine Privatstraße handelt und eine eindeutige Beschilderung vorhanden ist.

7.6.8.

Stadtbaurat Leuer kündigt eine Sondersitzung des Bauausschusses am Tag der Ratssitzung, 2. April, für voraussichtlich ausschließlich Vergaben sowie Objekt- und Kostenfeststellungsbeschlüsse des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement an. Beginn der Sitzung soll um 13 Uhr sein. Ratsherr Kühn kritisiert den frühen Beginn. Ratsherr Köster verweist auf einen zeitlichen Konflikt mit dem um 13.30 Uhr beginnenden Grünflächenausschuss.

Die Sitzung endet um 17:11 Uhr.

gez. Köster
- Vorsitz -

gez. Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Ender
- Schriftführung -